

2016 haben wir am SP-HESO-Stand über 1000 Unterschriften für die nationale Transparenzinitiative gesammelt.

Solothurn leiden Steuerzahler mit tiefen und mittleren Einkommen unter den zu tiefen Steuern für Steuerbesenken für Schluss mit Konzept! Gesundheit! Wer 100 ausgebildete Mensch die Sozialhilfe. Die S behaupten, man sehe er Leiden... sondern das Wollergonen... mit tiefen und mittleren Einkommen unter... halb fordern wir: Schluss mit... schluss mit unfairen Gebühren!... Kosten der Bildung und der... einem Lohn leben können. Gut... en in den Arbeitsmarkt, nicht in... eit über 125 Jahren. Böse Zungen... mit einem Augenzwinkern sage ich: Die SP Kanton Solothurn ist leben... und anständig im Ton.

Niklaus Wepfer

SPENDEN
N MICH
ISSE. AUCH FÜR
IG

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
177 · Ausgabe SO · August 2018



POLITIKFINANZIERUNG

SP/junge SP fordert mehr Transparenz in der kantonalen und kommunalen Politik

DIE FRAKTION SP/JUNGE SP FORDERT IN EINEM VORSTOSS MEHR TRANSPARENZ IN DER KANTONALEN UND KOMMUNALEN POLITIK. DER REGIERUNGSRAT WIRD DARIN AUFGEFORDERT, ZU HANDEN VON KANTONS RAT UND SOUVERÄN DIE NOTWENDIGEN VORARBEITEN AUSZUFÜHREN, DAMIT DIE TRANSPARENZ IN FINANZIELLER HINSICHT MIT ZIELFÜHRENDE REGELUNGEN AUF BEIDEN EBENEN VERBESSERT WERDEN KANN. AUF NATIONALER EBENE IST EINE VOLKSINITIATIVE VON EINEM ÜBERPARTEILICHEN KOMITEE ERFOLGREICH EINGEREICHT WORDEN. DIE STIMMBEVÖLKERUNG KANN ALSO DEREINST ÜBER EINE BUNDESLÖSUNG LICHT IN DIE POLITIKFINANZIERUNG BRINGEN.

Abstimmungskomitees und die Mehrheit der Parteien sind bezüglich Herkunft ihrer finanziellen Mittel zur Finanzierung von Kampagnen intransparent. Die SP ist der Ansicht, dass die Bevölkerung nicht nur auf nationaler, sondern auch auf kantonalen Ebene das Anrecht auf finanzielle Transparenz hat, also wissen darf, wer und in welcher Grössenordnung sich an politischen Kampagnen als Sponsor beteiligt. Erst kürzlich angenommene Volksinitiativen in den Kantonen Schwyz und Freiburg haben gezeigt, dass sich die Bevölkerung mehr Transparenz wünscht.

Mit dem Auftrag an die Solothurner Regierung bietet sich die Gelegenheit, dass der Kantonsrat von sich aus aktiv wird und damit auch einen wichtigen Schritt macht, um die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Politik spürbar zu erhöhen. Parteien und politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobby- und



Niklaus Wepfer,
Parteisekretär
niklaus.wepfer@sp-so.ch

sonstige Organisationen, die sich an Abstimmungs- sowie Wahlkämpfen beteiligen, die in Kompetenzbereich von Kanton, Amteien und Gemeinden fallen, haben nach unserer Meinung ihre Finanzen offenzulegen.

Offengelegt gehören insbesondere:

- a) die Finanzierungsquellen und das gesamte Budget für den betreffenden Wahl- oder Abstimmungskampf.
- b) unter Berücksichtigung einer zu definierenden Untergrenze die Namen der juristischen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben.
- c) unter Berücksichtigung einer Untergrenze die Namen der natürlichen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben, mit Angabe des jeweiligen Betrags.

Weitere mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz:

- Alle Kandidierenden für öffentliche Ämter auf Kantons- und Amteiebene sowie für Exekutiven und Legislativen auf kommunaler Ebene haben ihre Interessenbindungen bei der Anmeldung ihrer Kandidatur offenzulegen.
- Zu Beginn eines Kalenderjahres haben alle in Volkswahlen gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in öffentlichen Ämtern ihre Interessenbindungen offenzulegen.

Die SP ist sich durchaus bewusst, dass gelebte Transparenz auch zu einem gewissen Mehraufwand führen kann, sei dies aufgrund diverser Massnahmen zur Offenlegung oder notwendiger Überprüfungen. Aus eigener Erfahrung weiss die Partei jedoch, dass sich der Aufwand in Grenzen hält.

«1918.CH» – THEATERAUFFÜHRUNGEN VOM 16. AUGUST BIS 23. SEPTEMBER IN OLTEN

Landesstreik auf der Bühne

Im November 1918 streikten in der Schweiz 250 000 ArbeiterInnen und stellten neun soziale und politische Forderungen. Es war der erste und einzige landesweite Generalstreik in der Schweizer Geschichte. Da das Militär gegen die Streikenden aufmarschiert war, wurde der Streik nach drei Tagen abgebrochen, um ein Blutvergiessen zu verhindern. 100 Jahre später, vom 16. August bis am 23. September, wird mit einem nationalen und mehrsprachigen Theaterereignis in Olten an die Vorgänge von 1918 und ihre weitreichenden Folgen erinnert.

Der Landesstreik von 1918 war der grösste soziale und politische Konflikt seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 und führte die Schweiz an den Rand eines Bürgerkriegs. Lange wurde er aus der Erinnerung verdrängt, heute ist er nicht mehr nur in den Gewerkschaften und der SP wieder aktuell. Neben den bekannten Fakten (siehe Kasten) gibt es allerdings noch viel Unbekanntes zu entdecken: Geschichten der Streikenden, der hungernden Bevölkerung und Geschichten der gegen die Arbeiterschaft eingesetzten Soldaten. Geschichten von Frauen und Männern in Fabriken, von Kindern vor Suppenküchen, von Eisenbahnern, die den Zugverkehr zum Erliegen bringen.



Ihnen, den einfachen Leuten, gilt in der Inszenierung des nationalen Theaterprojekts in Olten das Hauptaugenmerk. Spielort ist die historische SBB-Werkstätte gleich beim Bahnhof Olten.

Alle Landesteile involviert

Beim Theaterprojekt «1918.CH – 100 Jahre Landesstreik» engagieren sich generationenübergreifend rund 100 Mitwirkende aus dem Kanton Solothurn und angrenzenden Gemeinden. Begleitet werden sie von der Basel Sinfonietta und einem Theaterchor. 20 Theatergruppen aus allen Landesteilen bringen je eine Szene aus ihrem Kanton nach Olten. In jeder Vorstellung sind jeweils zwei dieser regionalen Gruppen zu sehen, jede Aufführung erhält dadurch ein eigenes Gesicht.

Weitere Infos und Ticketvorverkauf sowie Fotos: www.1918.CH

Rita Lanz Hasenfratz, Historikerin aus Olten

MITHELFEN AM JUBILÄUMSANLASS IN OLTEN

Am Samstag, 10. November 2018, findet in der alten Eisenbahnwerkstätte in Olten der grosse Anlass von SP und Gewerkschaften zum 100. Jahrestag des Landesstreiks statt.

Am Samstagnachmittag von 14–16 Uhr gibt es ein tolles Programm mit viel Musik, Reden in allen Landessprachen, einem Streik-Film und historischen Inputs. Der Anlass wird organisiert vom SGB, von der SP Schweiz sowie von der Robert-Grimm-Gesellschaft.

Da wir über tausend Personen erwarten, brauchen wir zahlreiche Helferinnen und Helfer aus der Region Olten und dem ganzen Kanton, und zwar von 13–18 Uhr für den Verkauf von Essens- und Getränkebons sowie den Einsatz am Buffet.

Starke Arme sind ebenfalls gefragt für den Aufbau am Freitag, 9. 11., von 8–17 Uhr sowie den Abbau am 10. 11. abends von 18–22 Uhr.

Interessierte melden sich an bei: info@sp-so.ch. Das SP-Sekretariat wird einen Doodle verschicken.

DIE FRAGE NACH DEN URSACHEN

1918 litt die Schweizer Bevölkerung auch ohne direkte Kriegsbeteiligung enorm: Tiefe Löhne, hohe Teuerung, knappe Lebensmittel und entschädigungslose Militärdienste brachten die Arbeiterschaft in Not und Armut, während Industrie und Landwirtschaft im Ersten Weltkrieg florierten. Als im November 1918 soziale Unruhe aufkam, liess der Bundesrat die grossen Städte militärisch besetzen. Die Arbeiterschaft reagierte mit einem Warnstreik am 9. November und einem anschliessenden landesweiten Generalstreik. 250 000 Leute nahmen daran teil. Die Streikleitung, das von Robert Grimm präsierte «Oltener Aktionskomitee», forderte soziale und politische Gerechtigkeit, bessere Lebensmittelversorgung, AHV, Frauenstimmrecht und Teilhabe der Arbeiterinnen und Arbeiter an der Macht. Am 14. November wurde der Streik bedingungslos abgebrochen. Einige der Forderungen wurden aber in den Folgejahren nach und nach erfüllt.

KANTONSRAT – SP WILL STARKE POST UND KEINE WEITEREN SPARPAKETE

Sessionsbericht Juni/Juli 2018 Fraktion SP/junge SP

In der letzten Session vor den Sommerferien hat der Kantonsrat recht speditiv Geschäfte behandelt. Der Geschäftsbericht, der immer im Juni zur Diskussion steht, führte zu keinen grossen Diskussionen. Die Finanzen sind ansprechend, allerdings sind die Ausichten getrübt, doch davon später mehr.

SP für starken Service Public

Zur Debatte stand die Standesinitiative zur Postversorgung. In dieser Standesinitiative verlangt der Kanton vom Bund und der Post, den Kahlschlag beim Poststellennetz zu stoppen. Die Versorgung der Bevölkerung ist längstens nicht mehr gewährleistet und die Agenturlösungen decken nur einen Teil des Bedarfs ab. **Urs Huber** (Oberbösgen) dazu: «Nachdem bereits $\frac{2}{3}$ aller Gemeinden keine eigene Poststelle mehr haben, muss diese fragwürdige Chefetage der Post gebremst werden, damit nicht auch noch Poststellen in 5000-Einwohner-Ortschaften nach irgendwelchen internen Abbauplänen geschlossen werden, auch solche, die nachweislich rentieren.» Unsere Regionen, Bürger und KMU haben ein Recht auf eine Grundversorgung, die diesen Namen verdient. Die Grundversorgung in Postagenturen ist eine Minimallösung und Gewissensberuhigung mit vielen Lücken und Unzulänglichkeiten. Die SP setzt sich seit jeher für einen starken Service Public ein und unterstützte die Standesinitiative. Der Kantonsrat hat sie einstimmig nach Bern überwiesen, ein starkes Zeichen. Die Post machte bislang, was sie will. Wir wollen, dass die Post im Besitz des Bundes macht, was der Bevölkerung dient.

SP fordert Klarheit:

Wer bezahlt für die Steuerausfälle?

Die Steuervorlage 17 ist aktuell zentrales politisches Thema. Auf Ebene Bund wird diskutiert und auch in den Kantonen werden die Rahmenbedingungen festgelegt. Im Kanton Solothurn läuft aktuell die Vernehmlassung zur Vorlage. Bei der Behandlung des Aufgaben- und Finanzplanes, eines überparteilichen Auftrags zur Steuervorlage 17 und der Interpellation der SP gingen die Wogen hoch. Der Kanton und die Gemeinden sollen jährlich 130 Mio. Franken weniger Einnahmen haben. Mit flankierenden Massnahmen soll dem Paket zum Durchbruch verholfen werden. Wenn alles zusammengerechnet wird, verbleiben allerdings immer noch jedes Jahr



Urs von Lerber,
Kantonsrat, Luterbach
urs.von.lerber@ieeee.org

70 Mio. Franken weniger in der Kasse. Die SP fragt sich: Wie sollen denn die Steuerausfälle kompensiert werden? Offenbar eine unangenehme Frage. Die Regierung meint, es brauche dann einfach ein Sparmassnahmenpaket. Da haben wir schon etwas mehr Denkleistung und Konkretes erwartet. Gibt es höhere Steuern für uns alle? Gibt es weniger Schule wie im Kanton Luzern? Gibt es weniger Prämienverbilligung? Wer bezahlt letztlich die Zeche, fragte SP-Sprecherin **Franziska Roth** (Solothurn): «Wenn der Kantonsanteil an die Bundessteuer erhöht wird und der Kanton in den ersten vier Jahren betroffene Gemeinden entlasten will, damit sie sich auf die Ausfälle vorbereiten können, so tönt das verlockend, aber woher nehmen wir dieses Geld?» Wir haben bereits zwei Sparpakete hinter uns, die schmerzen. So wird beispielsweise die Gartenbauschule Oeschberg, wo auch Solothurner Jugendliche ausgebildet werden, nicht mehr unterstützt. Die SP kritisierte damals diesen Bildungsabbau. Sie wird sich auch gegen zukünftige Sparmassnahmen in diesem Bereich wehren.

Die Regierung ist gefordert, rasch, ehrlich und nachvollziehbar zu zeigen, wie die Steuerausfälle langfristig kompensiert werden sollen.

SP fordert mehr Ehrlichkeit:

Welche Sparprogramme drohen?

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2019–2022 zeigt es deutlich auf: Am Ende der Periode klafft ein grosses Loch in der Kantonskasse und das Eigenkapital ist aufgebraucht. Das ist in hohem Mass unverantwortliche Politik, hochriskant und unglaublich. Die Regierung hat bereits angekündigt, dass weitere Sparprogrammen folgen werden. Der SP-Sprecher **Simon Bürki** (Biberist) forderte eine weitsichtige und nachhaltige Finanzpolitik: Der Kanton Solothurn soll seine Aufgaben und Anstrengungen neben einem konkurrenzfähigen und gesunden Steuer- und Finanzumfeld auch in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Umwelt verantwortungsvoll erfüllen beziehungsweise stärken. Nur so bleibt er für die Menschen und die Unternehmen attraktiv. Die SP will einfach wissen, auf was wir uns einlassen. Die Regierung ist gefordert, rasch, ehrlich und nachvollziehbar zu zeigen, wie die Steuerausfälle langfristig kompensiert werden sollen.

Vernunft vor Sturheit

Der überparteiliche Auftrag zur Abschaffung der schwarzen Liste säumiger Prämienzahlender wurde deutlich angenommen. Das Instrument ist leider untauglich, die schwarze Liste löst keine Probleme, sie schafft nur neue, ausser Spesen nichts gewesen. So oder ähnlich tönte es von diversen Rednerinnen und Rednern im Rat. Für SP-Sprecherin **Anna Rüefli** (Solothurn) ist klar, dass das ursprüngliche Ziel, abschreckend zu wirken und die Zahlungsmoral bei den Prämienschuldern zu verbessern, auf jeden Fall komplett verfehlt wurde. Was nicht taugt, gehört abgeschafft. Personen auf der schwarzen Liste sind nicht zahlungsunwillig, sondern schlichtweg zahlungsunfähig. Das ist auch nicht verwunderlich bei den jährlichen Prämienanstiegen. Der Unterhalt der Liste kostet viel Geld, das besser in eine frühzeitige Schuldenberatung investiert werden sollte. Zudem bezahlt der Kanton den Krankenkassen 85 % an die Verlustscheine für die gesamten Prämienausstände. Die Krankenkassen müssen jedoch nur Notfallbehandlungen übernehmen und profitieren so anstelle der finanziell schwach gestellten Personen. Die SP unterstützt auch hier vernünftige, zukunftsgerichtete Lösungen.

SP AN DER HESO UND MIO

Vom 21. bis 30. September 2018 findet die Herbstmesse «HESO» in Solothurn und vom 28. September bis 1. Oktober die Messe in Olten «MIO» statt. Nach erfolgreichen Teilnahmen 2016 und 2017 ist die SP zum dritten Mal mit einem Stand an der HESO dabei.

Und in Olten hat die Teilnahme der SP an der MIO grosse Tradition. Die Vorbereitungen dazu laufen und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei! Damit sich unsere Partei während allen Messetagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir dich. Solltest du bereit sein, deine Partei an der HESO und/oder an der MIO zu unterstützen, interessierten Menschen Red' und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – einfach einige Stunden mit weiteren Personen unseren und deinen Stand betreuen wollen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon. Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand an der HESO und/oder MIO mitzuhelfen.

Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich einsenden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 835, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch

Vielen Dank. Sobald genügend Personen für die Mithilfe zur Verfügung stehen, werden die Einsatzpläne erstellt.

Aus der Geschäftsleitung

An der letzten Sitzung vor den Sommerferien hatten die Mitglieder der Geschäftsleitung eine reich befrachtete Traktandenliste abzuarbeiten. Drei Vernehmlassungsworten wurden verabschiedet:

1. «**Neuer Finanzausgleich im Kanton Solothurn (NFA Kirchen)**»,
2. «**Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz)**» und

3. die «**Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung – Stärkung der kantonalen Finanzkontrolle**».

Die Stellungnahme zur Umsetzung der Steuervorlage 17 wurde in 1. Lesung beraten. Die Vernehmlassungsfrist läuft am 31. August aus. Aus diesem Grund hat die Parteileitung entschieden, das Thema am kantonalen Parteitag in Derendingen zu thematisieren. Dr. Andreas Bühlmann wird eine Standortbe-

stimmung aus der Sicht des Kantons vornehmen und Kantonsrat und Finanzkommissionsmitglied Simon Bürki zu den Plänen der Regierung eine Auslegeordnung aus Sicht der Sozialdemokratie machen.

Zu Händen der Delegierten fasste die Geschäftsleitung mehrheitlich die JA-Parole zu allen drei nationalen Vorlagen, über welche am 23. September die Stimmbevölkerung zu befinden hat.

Believe in your female energy

Seit jeher sind die Grenzen zwischen dem sogenannten «starken» und dem «schwachen» Geschlecht fließend. Als die Männer während der Weltkriege im Aktivdienst waren, mussten die Frauen mit kleinem Budget zu Hause sich und die Kinder durchbringen. Kaum waren die Männer allerdings wieder zu Hause, mussten die Frauen ins zweite Glied zurücktreten.

Beim Generalstreik 1918 haben die Frauen an vorderster Front mitgekämpft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Trümmerfrauen das Land von Schutt und Asche befreit und Deutschland wiederaufgebaut. Diese wichtige Arbeit der Frauen geschieht meist still im Hintergrund.

Überall auf der Welt kämpfen Frauen für ihre Rechte und Aner-

kennung, oft unter schwierigsten und gefährlichen Umständen. Die Generationen meiner Mutter und Grossmütter haben auch in der Schweiz die Gleichstellung im Gesetz und der Verfassung erreicht. Nach dem Motto: «Frauenrechte sind Menschenrechte!»

In der Umsetzung im Alltag hapert es aber teilweise noch gewaltig. Ich erlebe es leider immer wieder, dass sich Frauen selbst und scheinbar freiwillig in alte Rollenmuster zurückziehen. Doch wie freiwillig passiert dies wirklich? Wie tief sind alte Rollenbilder in uns verankert und bestimmen heute noch unser Handeln? Wie lässt es sich sonst erklären, dass Frauen bei der Heirat wieder vermehrt den Namen des Mannes annehmen, es aber den wenigsten Männern nur schon in den Sinn kommen würde,

MEIN STANDPUNKT

Nadine Vögeli, Kantonsrätin aus Hägendorf
nadine.voegeli@gmx.net

den Namen der Frau zu tragen? Wieso geben in der heutigen Zeit immer noch Frauen den Job auf und nehmen Lücken in der Altersvorsorge in Kauf? Damit die alten Rollenmuster nachhaltig durchbrochen werden können, braucht es den Willen und

das Engagement von allen. Auch die Männer profitieren, wenn die Erwerbsarbeit gleichmässig auf alle Schultern verteilt wird. Die Frauen und Männer können sich auf Augenhöhe begegnen und werden zu starken Vorbildern für kommende Generationen. Unser Land und unsere Welt braucht starke Menschen. Setzen wir uns dafür ein! Zu Hause und in der politischen Arbeit.

